Europa

Europa im globalen Wettbewerb

vbw

Position
Stand: September 2026

Die bayerische Wirtschaft

Vorwort

Europa muss eine selbstbewusste Rolle auf dem Weltmarkt einnehmen

In der Weltwirtschaft ist eine Kräfteverschiebung im Gange – weg von den klassischen Industriestaaten hin zu den Schwellenländern, insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum. Diese Verschiebung geht einher mit einem zunehmenden Protektionismus und dem Erodieren der multilateralen Welthandelsordnung. Vor allem die Rivalität zwischen China und den USA um die Vormachtstellung in der Weltwirtschaft belastet den globalen Handel.

Die EU ist mit allen Regionen der Weltwirtschaft eng verflochten und auf Freihandel und internationale Arbeitsteilung angewiesen. Deshalb muss sich Europa einem Decoupling und einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenstellen. Parallel muss die EU einseitige Abhängigkeiten reduzieren, indem sie die Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen intensiviert und gleichzeitig die eigene Wettbewerbsfähigkeit und den Binnenmarkt stärkt.

Europa muss als eigenständiger und stabilisierender Akteur auf dem Weltmarkt auftreten und sich für eine auf Freihandel basierende Welthandelsordnung einsetzen. Als starker Wirtschaftsstandort und intern gefestigte Gemeinschaft kann die EU diese Rolle selbstbewusst einnehmen.

Bertram Brossardt
16. September 2026

Inhalt

Position auf einen Blick 1

1 Der Wirtschaftsstandort EU 3

2 Die Integration der EU in der Weltwirtschaft 5

2.1 Außenhandel 5

2.2 Internationale Wertschöpfungsketten 5

3 Die Position der vbw 7

3.1 Europa muss weiter auf Freihandel und Globalisierung setzen 7

3.2 Europa muss sich weiter für eine regelbasierte und multilaterale Ordnung einsetzen 7

3.3 Gezielt gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgehen 8

3.4 Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren 9

3.5 Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken 9

3.6 Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden 10

3.7 Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken 11

Ansprechpartner / Impressum 12

Position auf einen Blick

Ein starker europäischer Wirtschaftsraum stabilisiert die Weltwirtschaft

Europa ist ein starker Wirtschaftsraum, hat aber in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Die Länder der EU sind nach wie vor bedeutende Industriestandorte, doch sie büßen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein – nicht nur gegenüber den dynamisch wachsenden Schwellenländern, sondern auch im Vergleich zu anderen Industriestaaten. Die Integration im europäischen Binnenmarkt ist für die europäischen Volkswirtschaften von großer Bedeutung. Zusätzlich ist die EU auch mit den anderen Weltregionen eng vernetzt, wodurch Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa gesichert werden.

Doch die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse haben sich verschoben. Europa wird allein aufgrund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Dennoch muss die EU den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf den bisher wenig erschlossenen Märkten ergreifen. Die EU muss bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen, um ihre Handelsbeziehungen zu diversifizieren und unabhängiger von einzelnen großen Partnern zu werden. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen und sich gegen unfaire Handelspraktiken zur Wehr setzen. All dies kann die EU nur mit Selbstbewusstsein und aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den Einigungsprozess gezielt intensivieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

Das heißt konkret:

- **Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen:** Freihandel und internationale Arbeitsteilung führen zu Wohlstand und Beschäftigung. Gerade Europa, das demografiebedingt Wachstumspotenzial verliert, ist auf einen freien Waren- und Dienstleistungshandel angewiesen.
- **Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel und für fairen Wettbewerb stark machen:** Die EU muss sich gemeinsam mit möglichst vielen Partnern weiter für ein verlässliches und faires multilaterales Handelssystem einsetzen.
- **Europa muss gezielt gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgehen:** Da, wo unfaire Handelspraktiken den Wettbewerb verzerren, muss die EU Maßnahmen ergreifen, die verhältnismäßig und WTO-konform ausgestaltet sind. Am geeignetsten sind Ausgleichszölle. Das ist kein Protektionismus, sondern der Versuch, diese Wettbewerbsverzerrungen neutral auszugleichen.
- **Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren:** Die EU muss bilaterale Abkommen mit wichtigen Wirtschaftsräumen vorantreiben, um vom Freihandel zu profitieren und Abhängigkeiten durch Diversifizierung zu minimieren.
- **Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken:** Es ist im europäischen Interesse, sowohl mit den USA als auch mit China gute und stabile

Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Die EU muss der zunehmenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken und als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren, auch um sich unabhängiger von den USA und von China zu machen.

- **Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden:** Nur eine geeinte und intern gefestigte EU kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten. Dazu muss der Binnenmarkt vertieft und weiterentwickelt werden.
- **Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Um weiterhin von der Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa einen wettbewerbsfähigen Standort, an dem Wertschöpfung, Investitionen und Innovationen möglich sind, vor allem im industriellen Bereich.

1 Der Wirtschaftsstandort EU

Ein starker Standort vor großen Herausforderungen

Europa ist ein bedeutender und wettbewerbsfähiger Standort. Allerdings bestehen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Wirtschaftsregionen. Zudem nimmt der Vorsprung gegenüber vielen Schwellenländern ab.

In der vbw Studie *Industrielle Standortqualität im internationalen Vergleich* werden die relevanten Volkswirtschaften der Welt jährlich hinsichtlich ihrer Standortqualität verglichen. Zwar befinden sich fünf EU-Staaten – Dänemark, Irland, Niederlande, Finnland und Schweden – sowie die Schweiz im *Niveauranking* unter den TOP 10. Allerdings erreichen die europäischen Industrieländer insgesamt einen niedrigeren Standortqualitätsindex als die außereuropäischen Industriestaaten. In der Gruppe der Schwellenländer schneiden die europäischen Volkswirtschaften etwas besser ab als die Konkurrenz aus Asien und anderen Teilen der Welt.

Abbildung 1
Niveauranking der Standortqualität nach Regionen

LAND	PUNKTE	BEDEUTENDSTE STÄRKEN
Industrieländer	**116,7**	
Europa	114,9	Staat, Infrastruktur, Wissen
Andere	121,4	Staat, Infrastruktur, Ressourcen
Schwellenländer	**84,4**	
Europa	90,4	Kosten, Wissen
Asien	88,5	Kosten
Andere	73,4	(Kosten)
Ø 45 Länder	100,0	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, (vbw, IW Consult; 2026)

Der europäische Wirtschaftsstandort verliert gleichzeitig an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeigt das *Dynamik-Ranking* der vbw Studie. In diesem weltweiten Vergleich spiegelt sich wider, wie sich die industrielle Standortqualität über die letzten Jahre entwickelt hat. Die Schwellenländer schneiden wegen ihres niedrigeren Ausgangsniveaus erwartungsgemäß besser ab als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Allerdings erreichen die europäischen Schwellenländer einen spürbar geringeren Indexwert insbesondere im Vergleich zu den asiatischen Emerging Markets. In der Gruppe der Industrieländer schneiden die europäischen Volkswirtschaften leicht überdurchschnittlich ab. Dennoch haben auch diese gegenüber dem Gesamtdurchschnitt aller Länder in den letzten Jahren an Standortqualität eingebüßt.

Abbildung 2

Dynamikranking der Standortqualität nach Regionen

LAND	PUNKTE	BEDEUTENDSTE VERBESSERUNGEN
Industrieländer	**94,9**	
Europa	96,2	Markt
Andere	91,5	Kosten
Schwellenländer	**104,8**	
Europa	97,8	Infrastruktur
Asien	116,9	Staat, Wissen, Kosten
Andere	100,7	Kosten, Infrastruktur, Wissen
Ø 45 Länder	100,0	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, (vbw, IW Consult; 2026)

2 Die Integration der EU in der Weltwirtschaft

Starker Binnenmarkt, der mit der Weltwirtschaft eng verflochten ist

Die Länder der EU sind intern stark verflochten, zugleich sind sie aber auch mit anderen Regionen der Weltwirtschaft eng vernetzt.

2.1 Außenhandel

Für den Außenhandel der EU-Staaten spielt der Binnenmarkt eine entscheidende Rolle. 2025 haben die EU-Mitglieder Waren im Wert von 4,15 Billionen Euro in andere Mitgliedsstaaten exportiert. Das waren mehr als 60 Prozent aller europäischen Ausfuhren in diesem Jahr. Die meisten EU-Länder exportieren die Mehrheit ihrer Ausfuhren in die anderen EU-Mitgliedstaaten. Nur für Zypern, Irland und Slowenien spielte der Export in den Rest der Welt 2025 eine wichtigere Rolle als der Handel mit den europäischen Nachbarn. Die meistgehandelten Güter waren im vergangenen Jahr Maschinen und Fahrzeuge, Chemieerzeugnisse sowie Lebensmittel.

An Partner außerhalb der Europäischen Union exportierten die Mitgliedsstaaten 2025 Waren im Wert von über 2,64 Billionen Euro. Das waren 13,8 Prozent aller Warenexporte weltweit und machte die EU zum zweitwichtigsten Exporteur der Welt. Nur China exportierte 2025 mehr Waren. Die wichtigsten Exportpartner der Europäischen Union waren 2025 die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich, die Schweiz, China (ohne Hong Kong) und die Türkei.

2.2 Internationale Wertschöpfungsketten

Wie beim Außenhandel findet ein Großteil der europäischen Direktinvestitionstätigkeit innerhalb der EU statt. Mit 45 Prozent befindet sich fast die Hälfte der europäischen Direktinvestitionsbestände in anderen EU-Mitgliedsländern. Außereuropäisch spielen die USA die größte Rolle als Investitionsstandort. Auf sie entfallen 29 Prozent der europäischen Direktinvestitionsbestände, die sich außerhalb der EU befinden. An zweiter Stelle stehen das Vereinigte Königreich mit 20 Prozent und die Schweiz mit acht Prozent. Wichtige Märkte für Direktinvestitionen aus der EU sind außerdem Mexiko, Brasilien, Kanada und Singapur. Auf diese Länder entfallen jeweils zwischen zwei und drei Prozent der europäischen Direktinvestitionsbestände außerhalb der EU. Trotz der Marktgröße entfallen auch auf China (ohne Hong Kong) lediglich rund drei Prozent.

Ein ähnliches Bild zeigt sich umgekehrt im Hinblick auf die ausländischen Direktinvestitionsbestände in der EU. Mit 49 Prozent stammt fast die Hälfte des ausländischen Direktinvestitionsbestands aus anderen EU-Staaten. Auf die USA entfallen von der anderen Hälfte

gut 31 Prozent. Das Vereinigte Königreich kommt auf 18 und die Schweiz auf neun Prozent. Außereuropäisch sind mit jeweils drei bis vier Prozent außerdem noch Japan, Kanada und Singapur relevant. Aus China stammen lediglich 1,1 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen, die nicht aus EU-Staaten stammen. Gemessen an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen spielen China sowie weite Teile Asiens und Afrikas nur eine untergeordnete Rolle.

Direktinvestitionen wirken sich auch auf grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten aus. Auf Basis von Patentanalysen zeigt sich, dass die grenzüberschreitende Forschung von Unternehmen aus der EU zu 40 Prozent innerhalb der Europäischen Union stattfindet. Als wichtigster Einzelmarkt folgen die Vereinigten Staaten. Doch die Rahmenbedingungen für Forschung in den USA haben sich unter Trump stark verändert, geprägt von politischer Steuerung und unklaren Förderbedingungen.

Eine große Relevanz hat die internationale Arbeitsteilung für die EU bei der Rohstoffversorgung. Die natürlichen Ressourcen sind begrenzt und manche wichtigen Metalle oder Minerale finden sich nur an wenigen Stellen der Erde. Der Bedarf an Rohstoffen nimmt weltweit zu. Rohstoffversorgung ist zwar zuallererst Aufgabe jeden Unternehmens selbst, doch die Verfügbarkeit wichtiger Rohstoffe wird immer mehr zum strategischen Instrument einzelner Länder. Wesentliche Bedeutung für eine sichere Rohstoffversorgung haben daher die Offenhaltung der Rohstoffmärkte und gute Beziehungen zu Quellenländern. Der Staat muss Länderpartnerschaften mit wichtigen Rohstoffländern aufbauen und Unternehmen bei internationalen Rohstoffprojekten politisch unterstützen.

3 Die Position der vbw

Als starker, selbstbewusster Wirtschaftsraum für freien Handel eintreten

Die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse haben sich verschoben. Europa wird in den kommenden Jahren allein auf Grund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Die EU muss den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf neuen Märkten ergreifen. Dazu muss sie bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen. All dies kann sie nur mit Selbstbewusstsein und aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den europäischen Einigungsprozess gezielt intensivieren, und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

3.1 Europa muss weiter auf Freihandel und Globalisierung setzen

Es gibt keine Alternative zu Freihandel und internationaler Arbeitsteilung. Sie schaffen Wohlstand und Beschäftigung für alle beteiligten Staaten. Dies betrifft den Handel mit Gütern und Dienstleistungen ebenso wie die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten. Globalisierung fördert Innovation, eröffnet Absatzchancen und sichert den Bezug von Rohstoffen.

Protektionismus und Handelskriege hingegen führen weltweit zu Wohlstandsverlusten. Die Abschottung einzelner Volkswirtschaften bis hin zu möglichen Blockbildungen – beispielsweise von China und dem asiatisch-afrikanischen Raum auf der einen Seite sowie den Vereinigten Staaten und dem amerikanisch-westlichen Raum auf der anderen Seite – würde die internationale Arbeitsteilung erheblich beeinträchtigen. Produktion, Einkommen und Beschäftigung würden auch in der EU deutlich sinken.

Die EU ist auf eine Wirtschaftsordnung angewiesen, die den ökonomischen Austausch weltweit möglich macht. Das gilt insbesondere für die nächsten Dekaden, wenn die europäischen Volkswirtschaften an Wachstumspotenzial einbüßen und die größten Marktpotenziale stattdessen in Asien und Nordamerika liegen werden. Wie sich die Wirtschaftsordnung in den kommenden Jahren entwickelt und welche wichtige Rolle dem Freihandel dazu zukommt, zeigt die vbw Studie *Folgen einer neuen Welt(wirtschafts)ordnung für Deutschland und Bayern*.

3.2 Europa muss sich weiter für eine regelbasierte und multilaterale Ordnung einsetzen

Eine regelbasierte Welthandelsordnung soll sicherstellen, dass im weltweiten Handel nicht das „Recht des Stärkeren“, sondern gemeinsame multilaterale Handelsregeln gelten. Die

Gestaltung der internationalen Handelspolitik ist Aufgabe der WTO. Ziel ist es, den globalen Handel durch Absenkung von Zöllen und Reduktion nicht-tarifärer Hemmnisse zu liberalisieren und durch gemeinsame Vorschriften planungssicherer zu machen. Die WTO befindet sich jedoch in einer Krise: Die Verhandlungen über eine kontinuierliche multilaterale Liberalisierung des Welthandels bleiben seit Jahren ohne wesentliche Ergebnisse; das WTO-Regelwerk ist veraltet, an vielen Stellen unklar und häufig schwer durchsetzbar Die Vereinigten Staaten, China und andere setzen sich über das Regelwerk hinweg. Beschlüsse können nurmehr schwer gefasst werden.

Gerade die europäische Wirtschaft ist infolge ihrer starken Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten auf verlässliche Regeln besonders angewiesen. Die EU muss deshalb weiterhin gemeinsam mit einer möglichst breiten Allianz von Partnern für eine Reform der WTO und eine Stärkung des regelbasierten Welthandels eintreten. Angesichts der Krise muss jedoch auch über Alternativen bzw. Brückenlösungen nachgedacht werden. Insofern ist es zu begrüßen, dass die EU mit dem Multi-Party Interim Arbitration Agreement (MPIA) eine Übergangslösung zur Streitschlichtung mitträgt. Auch eine mögliche Kooperation der EU mit der transpazifischen Freihandelszone CPTPP, der neben elf Pazifik-Staaten auch das Vereinigte Königreich angehört sollte weiterverfolgt werden. Ein solch großer Handelsblock würde den Multilateralismus stärken. Wie die vbw Studie *Folgen einer neuen Welt(wirtschafts)ordnung für Deutschland und Bayern* aus 2025 zeigt, hat die EU die Chance ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen selbst in die Hand zu nehmen und den Außenhandel zu stützen. Dafür braucht die EU ebensolche Brückenlösungen. Entwicklungs- und Schwellenländer, die an Handel mit der EU interessiert sind, sind noch stärker einzubeziehen.

3.3 Gezielt gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgehen

Europa muss gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgehen. Das ist kein Protektionismus, sondern der Versuch, Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen. Notwendig sind zielgerichtete Maßnahmen, die sorgfältig durchdacht sind. Sie müssen einen effektiven Schutz bieten, möglichst geringe volks- und betriebswirtschaftliche Kosten aufweisen und Nebenwirkungen vermeiden. Die vbw Studie *Handels- und Industriepolitik für eine neue Zeit* zeigt, dass Ausgleichszölle in Form von Antisubventions- und Antidumpingzöllen unter den verschiedenen Arten von Staatseingriffen das größte Kosten-Nutzen-Verhältnis haben. Sie sind treffgenau hinsichtlich des Landes, von dem die Wettbewerbsverzerrung ausgeht und hinsichtlich der Bereiche, in denen der Wettbewerb verzerrt wird. Somit bleiben auch die Kostensteigerungen im Inland auf die Käufer dieser speziellen Produkte beschränkt. Auch die Gefahr von Gegenmaßnahmen hält sich durch die enge Bindung an das WTO-Recht in Grenzen.

Local-Content-Vorgaben hingegen, wie sie z. B. im Industrial Accelerator Act der Europäischen Union vorgesehen sind, schneiden in der genannten Studie am schlechtesten ab. Sie sind unspezifisch und benachteiligen somit Länder, von denen keine Wettbewerbsverzerrungen ausgehen. Sie entfalten eine starke Preiswirkung für Käufer der betroffenen Waren und haben hohe bürokratische Kosten für Wirtschaft und Staat. Zudem sind sie nicht WTO-

konform, sodass die Gefahr besteht, dass andere Staaten Vergeltungsmaßnahmen ergreifen.

3.4 Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren

Parallel zu einer Reform der multilateralen Handelsordnung muss die EU bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit bedeutenden und dynamisch wachsenden Wirtschaftsregionen vorantreiben. So kann Europa vom Freihandel profitieren und seine Absatz- und Beschaffungsmärkte breiter aufstellen. Die EU setzt damit die richtigen Rahmenbedingungen für das volkswirtschaftlich erstrebenswerte Ziel der Diversifizierung, ohne in unternehmerische Entscheidungen einzugreifen.

Um am dynamischen Wachstum in vielen Regionen der Welt partizipieren zu können, muss die EU weitere Abkommen schließen. Dabei gilt es vordringlich, verhandelte Abkommen zügig zu ratifizieren (z. B. mit Kanada, Mercosur, Mexiko) und laufende Verhandlungen schneller abzuschließen (z. B. mit den Philippinen und den Vereinigten Arabischen Emiraten). Positiv hervorzuheben ist, dass die EU mit dem Abschluss der Verhandlungen mit Australien und Indien und dem vorläufigen Inkrafttreten des Handelsteils des Mercosur-Abkommens in den letzten Monaten einiges vorangebracht hat. Dieser Weg muss nun fortgesetzt werden.

3.5 Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken

Die EU ist sowohl mit den USA als auch mit China wirtschaftlich eng verflochten. Die USA und China sind die beiden größten Handelspartner der EU. Mit den USA handelte die EU im Jahr 2025 Waren im Wert von 911 Milliarden Euro. Das europäisch-chinesische Handelsvolumen belief sich in diesem Jahr auf 771 Milliarden Euro. Mit den USA bestehen intensive Verflechtungen insbesondere im Bereich der Direktinvestitionen. Umgekehrt hat China für die EU eine überdurchschnittliche Bedeutung als Importquelle, insbesondere bei Kritischen Rohstoffen und in der Elektrotechnik.

Deshalb muss es im europäischen Interesse sein, zu beiden Staaten bzw. zu den von diesen Staaten dominierten Wirtschaftsräumen gute und stabile Beziehungen zu unterhalten. Dies bestätigt die vbw Studie *Folgen einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft*. Im Szenario einer Blockbildung in der Weltwirtschaft würde die EU ökonomisch verlieren - sowohl wenn sie sich dem US-dominierten Wirtschaftsraum anschließen würde als auch im Falle eines Anschlusses an den chinesisch dominierten Block.

Die EU muss als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren und so der zunehmenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken. Ziel muss es sein das globale Handels- und Wirtschaftssystem zu stabilisieren. Die Bedeutung Europas als Absatzmarkt ist nach wie vor groß genug, um diese Rolle selbstbewusst ausüben zu können. So gehen jeweils rund 15 Prozent der US-Exporte und der chinesischen Ausfuhren in die EU. Dies zeigt, dass die

EU nicht nur von China und den USA abhängig ist, sondern gegenseitige Abhängigkeiten bestehen.

3.6 Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden

Der gemeinsame Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten ist der Motor der europäischen Wirtschaft, Garant für Wohlstand und Stabilität sowie die Basis des Friedens in Europa. Er hat dazu beigetragen, EU-Unternehmen in internationale Wertschöpfungsketten zu integrieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Außerdem sorgt er dafür, dass die EU, auf die rund 15 Prozent der weltweiten Handelsströme entfallen, als Handelsblock wahrgenommen wird und ihre Verhandlungsmacht ausschöpfen kann. Der EU-Binnenmarkt muss vollendet werden. Nur eine im Inneren geeinte Union kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten.

Es müssen noch etliche Hürden beseitigt werden, um die europäische Integration voranzubringen. Der internationale Währungsfonds schätzt in einer Studie, dass interne EU-Handelshemmnisse Zöllen von 44 Prozent für Waren und 110 Prozent für Dienstleistungen entsprechen. Ein wichtiger Schritt war daher die von der EU-Kommission im Mai 2025 vorgestellte EU-Binnenmarkt-Strategie, die es nun entschlossen umzusetzen gilt. Unerlässlich sind zudem Fortschritte in den folgenden Bereichen.

- Ein **digitaler Binnenmarkt** ist notwendig, um erfolgreiche Produkte und Geschäftsmodelle auch im größeren Maßstab zu entwickeln. Die ehrgeizige Digitale Agenda der EU mit zusätzlichen Investitionen in Informations- und Kommunikationsnetze sowie die Förderung einheitlicher Standards zur Cyber-Sicherheit ist zu begrüßen. Forschung und Entwicklung erfordern europäische Strategien. Es darf aber nicht zu Überregulierung und gesetzgeberischem Aktionismus kommen, vor allem im Umgang mit Daten und Algorithmen. Trotz der Fortschritte des KI- und Digital-Omnibus, sind der **Data-Act** und der **AI-Act** weiterhin kritisch zu sehen. Bei der Umsetzung muss der Fokus stets darauf liegen, Innovationshemmnisse aufzuspüren und konsequent einzudämmen. Ziel sollten einheitliche, bürokratiearme und innovationsfördernde Regelungen und keine Fragmentierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten sein.
- Die Umsetzung und Digitalisierung des Energiebinnenmarkts müssen vorangetrieben werden. Im Rahmen des **Green Deals** und nun auch des **Clean Industrial Deals** müssen Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Klimaschutz erfolgreich miteinander verknüpft und die Wirtschaft im Transformationsprozess unterstützt werden. Unverzichtbar sind der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien, der Aufbau zusätzlicher Back-up-Kapazitäten, die bei geringer Einspeisung aus Wind und Sonne zur Sicherung der Versorgungssicherheit beitragen, sowie leistungsfähiger transeuropäischer Netze für Strom, Erdgas, Wasserstoff und CO_2, an die alle industriellen Schwerpunkte rechtzeitig angebunden werden. Auch der Ausbau der Telekommunikations- und Verkehrsnetze muss mit Hochdruck vorangebracht werden. Beim Aufbau der Infrastruktur für alternative Antriebssysteme und Kraftstoffe müssen die Kräfte innerhalb der EU gebündelt werden.
- Eine weitere Stellschraube für die Weiterentwicklung des Binnenmarkts ist die Neuausrichtung der Prioritäten der **EU-Steuerpolitik**. Dazu zählt zum einen der Verzicht auf die

immer wiederkehrende Debatte neuer, regelmäßig mit marktschädlichen Lenkungszielen verbundener Steuerquellen für die EU. Zum anderen geht es um eine konsequente Abkehr von der Konzentration der letzten Jahre auf – längst weit überbordende – Missbrauchsbekämpfung. Stattdessen muss die EU im internationalen Steuerwettbewerb gestärkt werden. Mit dem Steueromnibus vom 24. Juni 2026 legt die EU einen überfälligen Vorschlag zur Vereinfachung des EU-Steuerrechts vor, der in diesem Sinne auf weniger Bürokratie, mehr Rechtssicherheit und bessere Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Investitionen setzt. Diese Vorstellungen müssen jetzt mit Rückenwind aus den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden.

3.7 Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken

Um weiterhin von Freihandel und Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und vor allem eine starke Industrie. Wenn europäische Unternehmen auf den dynamisch wachsenden Märkten erfolgreich sein wollen, brauchen sie Standortbedingungen, die Investitionen, Innovationen und Wertschöpfung in Europa fördern.

Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, dass die Europäische Kommission die Industrie als essenziellen Bestandteil der europäischen Wirtschaft sieht und mit dem Wettbewerbskompass eine wichtige Leitlinie für den Erfolg europäischer Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren geschaffen hat. Insbesondere der Clean Industrial Deal muss so ausgestaltet sein, dass er einen entscheidenden Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft leistet. Wir brauchen europäische Unternehmen, die nicht nur auf dem Binnenmarkt, sondern auch auf dem Weltmarkt bestehen.

Eine starke und wettbewerbsfähige Industrie trägt auch dazu bei, in kritischen Bereichen eine größere europäische Souveränität zu erreichen. Damit wollen wir uns aber nicht für eine protektionistische Politik aussprechen. Geopolitische Krisen haben jedoch die Verwundbarkeit globaler Lieferketten aufgedeckt. Die systemische Rivalität mit China sowie die protektionistische US-Zoll- und Handelspolitik haben die Frage nach der Verlässlichkeit unserer Handelspartner aufgeworfen.

Die vbw Studie *Folgen einer neuen Welt(wirtschafts)ordnung für Deutschland und Bayern* zeigt, dass Europa in der Lage ist, der sich ändernden Weltordnung wirksam zu begegnen und seine globale Position selbst zu bestimmen.

Ansprechpartner / Impressum

Lisa Zölch
Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
lisa.zoelch@vbw-bayern.de

Marion Zilker
Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de

Elias Kerperin
Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Impressum
Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2026